



Christine Steiner | Alexander Kanamüller |  
Ronald Langner | Tabea Schlimbach (Hrsg.)

# **Gemeinsam für bessere Bildung?!**

Zivilgesellschaftliche Akteure in  
kommunalen Bildungslandschaften



Deutsches  
Jugendinstitut

**BELTZ** JUVENTA

## Eine Veröffentlichung des Deutschen Jugendinstituts e.V. München (DJI)

Das DJI ist eines der größten sozialwissenschaftlichen Forschungsinstitute Europas. Seit 60 Jahren erforscht es die Lebenslagen von Kindern, Jugendlichen und Familien, berät Bund, Länder und Gemeinden und liefert wichtige Impulse für die Fachpraxis. Aktuell sind an den beiden Standorten München und Halle (Saale) etwa 460 Beschäftigte tätig, darunter rund 300 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler. Finanziert wird das DJI überwiegend aus Mitteln des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) und den Bundesländern. Weitere Zuwendungen erhält es im Rahmen von Projektförderungen u. a. vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF), der Europäischen Kommission, Stiftungen und anderen Institutionen der Wissenschaftsförderung.

GEFÖRDERT VOM



Bundesministerium  
für Bildung  
und Forschung



Deutsches  
Jugendinstitut

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Der Text dieser Publikation wird unter der Lizenz **Creative Commons Namensnennung – Nicht kommerziell – Keine Bearbeitungen 4.0 International (CC BY-NC-ND 4.0)** veröffentlicht. Den vollständigen Lizenztext finden Sie unter:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/legalcode.de>

Verwertung, die den Rahmen der **CC BY-NC-ND 4.0 Lizenz** überschreitet, ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig. Das gilt insbesondere für die Bearbeitung und Übersetzungen des Werkes. Die in diesem Werk enthaltenen Bilder und sonstiges Drittmaterial unterliegen ebenfalls der genannten Creative Commons Lizenz, sofern sich aus der Quellenangabe/Abbildungslegende nichts anderes ergibt. Sofern das betreffende Material nicht unter der genannten Creative Commons Lizenz steht und die betreffende Handlung nicht nach gesetzlichen Vorschriften erlaubt ist, ist für die oben aufgeführten Weiterverwendungen des Materials die Einwilligung des jeweiligen Rechteinhabers einzuholen.



Dieses Buch ist erhältlich als:

ISBN 978-3-7799-7473-4 Print

ISBN 978-3-7799-7474-1 E-Book (PDF)

ISBN 978-3-7799-8319-4 E-Book (ePub)

1. Auflage 2024

© 2024 Beltz Juventa

in der Verlagsgruppe Beltz · Weinheim Basel

Werderstraße 10, 69469 Weinheim

Einige Rechte vorbehalten

Herstellung: Hanna Sachs

Satz: xerif, le-tex

Druck und Bindung: Beltz Grafische Betriebe, Bad Langensalza

Beltz Grafische Betriebe ist ein klimaneutrales Unternehmen (ID 15985–2104-100)

Printed in Germany

Weitere Informationen zu unseren Autor:innen und Titeln finden Sie unter: [www.beltz.de](http://www.beltz.de)

# Inhalt

Wo bitte geht's hier zur Zivilgesellschaft? Einleitende Überlegungen zur Rolle zivilgesellschaftlicher Akteure in kommunalen Bildungslandschaften <i>Christine Steiner, Alexander Kanamüller, Ronald Langner und Tabea Schlimbach</i>	7
<b>Ein Netz für alle? Zivilgesellschaftliche Akteure in kommunalen Bildungslandschaften</b>	
Inklusive und exklusive Kooperationen im Bildungsbereich Eine differenzierte Betrachtung von zivilgesellschaftlichen Kooperationsstilen <i>Ronald Langner und Alexander Kanamüller</i>	20
Am Rande der Bildungslandschaft Aktive, aber unverbundene zivilgesellschaftliche Organisationen <i>Alexander Kanamüller und Ronald Langner</i>	39
New Kids on the Block? Neu gegründete zivilgesellschaftliche Organisationen in kommunalen Bildungslandschaften <i>Christine Steiner</i>	58
Zivilgesellschaft in der Bildungslandschaft Status quo und Forschungsbedarfe <i>Jana Priemer</i>	77
<b>Netzwerkhandeln kommunaler Verwaltungen und zivilgesellschaftlicher Organisationen</b>	
Von Netzwerken, Netzwerklücken und Netzwerkbrücken Kommunalverwaltung und zivilgesellschaftliche Organisationen in Bildungslandschaften <i>Tabea Schlimbach</i>	90
Institutionelle Bearbeitungsweisen von Koordinierungs- und Einbindungsnormativen der Bildungslandschaft <i>Tabea Schlimbach</i>	109

Voraussetzungen und Herausforderungen Beteiligung der Stadtgesellschaft in der „Lernenden Stadt Gelsenkirchen“ <i>Anika Duveneck</i>	129
 <b>Vernetzte Lernprozesse</b>	
Durch Teamwork zum Ziel Gemeinsam spielen, lernen, wachsen mit BasKIDball <i>Renate Schüßlbauer und Laura Kummert</i>	144
Das Bildungsbüro als hybrider Vermittler zwischen Verwaltung, Politik und Zivilgesellschaft Lektionen aus der Praxis <i>Julia Schilling</i>	154
Bildungs Kooperationen zwischen Zivilgesellschaft und Kommunen Erfahrungen, Gelingensbedingungen und Perspektiven aus der Praxis <i>Pia Amelung und Olaf Ebert</i>	167
Beteiligung neu denken Bildungslandschaft und Zivilgesellschaft <i>Heinz-Jürgen Stolz</i>	178
Zivilgesellschaftliche Organisationen in kommunalen Bildungslandschaften Eine Schlussbetrachtung <i>Christine Steiner, Alexander Kanamüller, Ronald Langner und Tabea Schlimbach</i>	192
Die Autor:innen	201

# Wo bitte geht's hier zur Zivilgesellschaft?

## Einleitende Überlegungen zur Rolle zivilgesellschaftlicher Akteure in kommunalen Bildungslandschaften

Christine Steiner, Alexander Kanamüller, Ronald Langner und Tabea Schlimbach

Man muss nicht lange suchen, um Beispiele für die Kooperation zwischen zivilgesellschaftlichen Akteuren und öffentlichen Bildungseinrichtungen zu finden. Der Sport ist ein gutes Beispiel für eine seit Langem bestehende erfolgreiche Zusammenarbeit. Laut aktuellem Sportentwicklungsbericht arbeitet rund einer Drittel aller Sportvereine mit Schulen, fast jeder fünfte Sportverein mit einer Kindertageseinrichtung bei der Angebotserstellung zusammen (Breuer/Feiler 2022). Der Anteil würde noch höher ausfallen, wenn alle Formen der Zusammenarbeit berücksichtigt würden (Breuer/Wicker 2008). Natürlich geht es dabei in erster Linie um Sportangebote für Kinder und Jugendliche, darum, ihr Interesse am jeweiligen Sport zu wecken, ihre Persönlichkeitsentwicklung zu fördern und/oder ihnen Gemeinschaftserlebnisse zu ermöglichen. Zugleich geht es den Vereinen auch darum, die eigene Zielgruppe zu vergrößern, und es geht um die Kinder und Jugendlichen, die nicht so leicht den Weg in Vereine finden. Und nicht zuletzt sind die Vereine daran interessiert, Talente zu entdecken und zu fördern (siehe dazu Arnoldt 2007 sowie auch den Beitrag von Schüßlbauer und Kummert in diesem Band).

Es sind solche Kooperationen, die im Rahmen verschiedener bildungspolitischer Reformen aufgegriffen wurden, insbesondere beim Ausbau von Ganztagschulen bzw. ganztägiger Bildung und Betreuung und bei der Etablierung von *Bildungslandschaften*. Die partnerschaftliche Zusammenarbeit zur Entwicklung vernetzter Bildung wurde über die Jahre durch vielfältige Programme auf Bundes-, Landes-, aber auch auf kommunaler Ebene gefördert. Mit einigem Erfolg: Bundesweit gibt es inzwischen zahlreiche Netzwerke, die sich als Bildungslandschaft verstehen oder ihnen zugerechnet werden. Mit der zunehmenden Verbreitung real existierender Bildungslandschaften wird es aber offenbar zunehmend schwerer zu beschreiben, was genau eine Bildungslandschaft ist und was solche Netzwerke gemeinsam haben (Gumz 2019, Schmachtel/Olk 2017, Matern/Lindner 2015). Der Grund hierfür ist, dass Bildungslandschaften im Verlauf der Diskussion und ihrer praktischen Erprobung mit pädagogischen Ansätzen ebenso in Verbindung

gebracht wurden wie mit etablierten Strategien sozialräumlicher Zusammenarbeit, aber auch als Mittel zur Bearbeitung der durch veränderte Steuerungsformen entstandenen neuen Anforderungen an die kommunale Politik und Verwaltung entdeckt wurden (Steiner u. a. 2022).

Bildungslandschaften schließen sowohl konzeptionell als auch in ihren Arbeitsweisen zum Teil an schon lange bestehende *regionale Netzwerke an den Übergängen im Bildungssystem* an, wie etwa dem Übergang von der Schule ins Berufsleben (etwa Braun/ Reißig 2012) oder von der Kita in die allgemeinbildende Schule (z. B. Backhaus u. a. 2012). Gemeinsam ist diesen regionalen Netzwerken, dass sie dort ansetzen, wo die Zuständigkeiten bzw. Verantwortlichkeiten nicht klar verteilt bzw. nicht eindeutig geregelt sind, wo aber Probleme und Risiken für Kinder, Jugendliche und ihre Familien besonders ausgeprägt sind. Charakteristisch für die Zusammenarbeit ist es, geteilte Zuständigkeiten zusammenzuführen, Informationen, Erfahrungen und Daten zu systematisieren und Aktivitäten, Maßnahmen und Angebote zu verbessern und/oder zu entwickeln. Kurzum: Es geht um möglichst effektive Formen der Überbrückung struktureller Defizite an den Schnittstellen des Bildungssystems.

Dies spielte auch in den ersten Bildungslandschaftsprojekten eine Rolle. Im Vordergrund standen hier zunächst *Schulentwicklungsprozesse* (Emmerich 2017), die insbesondere auf die Vernetzung von schulischen und außerschulischen Akteuren, auf Wissensaustausch und nachhaltigen Wissenstransfer abzielten (ebd.). Damit wird zugleich die Aufmerksamkeit auf den Umstand gelenkt, dass die gesammelte Expertise aller an diesen Netzwerken beteiligten Akteure nicht automatisch zu adäquaten Lösungen und einem verbesserten Bildungsangebot führt.

Die größte Nähe zur aktiven Beteiligung zivilgesellschaftlicher Akteure besteht bei *sozialräumlichen Ansätzen*, die mit Bildungslandschaften die Hoffnung verbinden, durch gezielte Investitionen in die Bildungsinfrastruktur und -qualität sowie einer möglichst breiten Beteiligung der Bevölkerung, von Initiativen oder lokalen Unternehmen sozialräumlichen Segregationsprozessen entgegenwirken zu können (Olk u. a. 2011).

All dies sind relevante Themenstellungen, die auch in den im Mittelpunkt dieses Sammelbandes stehenden *kommunalen, auf Gebietskörperschaften bezogenen Bildungslandschaften* immer wieder aufgerufen werden. Die konzeptionelle Leitidee dieses Ansatzes vernetzter Bildungsförderung wird in den beiden einflussreichen Positionspapieren des Deutschen Städtetages (2012, 2007) ausgeführt. Bildung soll demnach auf der Basis eines erweiterten, auch non-formale und informelle Bildung umfassenden Bildungsverständnisses und unter kommunaler Federführung so organisiert werden, dass alle relevanten Bildungsakteure im Rahmen verbindlicher Strukturen produktiv an der Verbesserung des kommunalen Bildungsangebotes zusammenarbeiten. Mit diesen kontinuierlich zu verbessernden kommunalen Bildungsinfrastrukturen werden zahlreiche Ziele verbunden, angefangen bei der Unterstützung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf über den Ab-

bau von herkunftsbedingten Bildungsbarrieren bis hin zur Fachkräftesicherung oder Aufwertung von Wohnquartieren (Maykus 2017). Die parallel zur Expansion von Bildungslandschaften stattfindende fachpraktische und wissenschaftliche Reflexion deckt jedoch eine große Kluft zwischen Erwartung und Umsetzung auf und deutet an, dass Herausforderungen in der bildungsbezogenen Zusammenarbeit sehr heterogener vielfältiger Akteure unterschätzt wurden.

Die programmatische Unschärfe von kommunalen Bildungslandschaften wird mit der Unterschiedlichkeit der lokalen Bedingungen und der Entwicklungsbedarfe begründet, die man „vor Ort“ besser kennt bzw. durch ein kommunales Bildungsmonitoring erschließen kann, vor allem aber mit möglichst allen relevanten Bildungsakteuren angemessen bearbeiten sollte. Umso erstaunlicher ist es, dass bestehende Limitationen wie die unveränderten rechtlichen und administrativen Zuständigkeiten in den verschiedenen Politik- und Arbeitsbereichen, die jeweils spezifischen Interessen, Wertbezüge, Ressourcen und (kooperativen) Arbeitsweisen, vor allem aber die bereits bekannten Bedarfe nach struktureller Absicherung in den bisherigen Formen interinstitutioneller und multiprofessioneller Zusammenarbeit kaum thematisiert werden. Die daraus resultierenden unterschiedlichen Beteiligungschancen für die Akteure in kommunalen Bildungslandschaften werden in jüngeren Untersuchungen zur kooperativen Bildungspraxis stärker in den Blick genommen und auch problematisiert (etwa Gumz 2019).

Weitgehend offen bleibt, wo in den – im Grunde alle Akteure einschließenden – kommunalen Bildungslandschaften Grenzen der Beteiligung und Teilhabe liegen und welche Ausschlüsse (re-)produziert werden. Im Rückgriff auf Konzepte des soziologischen Neo-Institutionalismus wäre zu erwarten, dass bei unscharfen und widersprüchlichen Erwartungen Akteure eher mit Distanzierung oder lediglich einer symbolischen Befolgung dem Aufruf nach (mehr) Kooperation in und Ko-Produktion von kommunaler Bildung nachkommen (Schäfers 2002). Letztlich würde man dann eher auf Bestehendes, Erprobtes und damit Absehbares zurückgreifen als Anderes oder Neues zu erproben und zu entwickeln. Allerdings können wenig konsolidierte Situationen auch Gelegenheiten für neue Akteure, neue Allianzen und neue Ideen bei der Umsetzung von Bildungsvorhaben bieten (Rürup/Röbken 2015), aber auch das Rollenverständnis von (Maag Merki u. a. 2008) und die Sozialbeziehungen zwischen Akteuren (Duveneck 2016) oder die lokalen Bildungsdiskurse verändern (Timm 2018).

Der vorliegende Sammelband schließt hier an und geht am Beispiel zivilgesellschaftlicher Organisationen nicht nur der Frage nach, für wen kommunale Bildungslandschaften wirklich offen sind. Er fragt auch, welches transformative Potenzial ihnen innewohnt und welche Risiken beziehungsweise Nebenwirkungen von einer kommunalen Bildungspolitik ausgehen können. Die organisierte Zivilgesellschaft eignet sich als Beispiel in besonderem Maße. Gemeinnützige Organisationen wie Vereine, Verbände und Stiftungen sind in Deutschland auf kommu-



nalpolitischer Ebene traditionell in allen Handlungsfeldern der öffentlichen Daseinsfürsorge wichtige Partner. Verschiedene sozialwissenschaftliche Studien zeigen, dass das zivilgesellschaftliche Engagement für Bildung in den zurückliegenden Jahren zugenommen hat. Das betrifft sowohl den Anteil engagierter Personen als auch die Zahl neu gegründeter Organisationen (Vogel u. a. 2017; Priemer 2015). Nicht zuletzt haben zivilgesellschaftliche Organisationen die kooperative kommunale Bildungspraxis auch befördert. So haben etwa verschiedene Stiftungen bei der Initiierung und Finanzierung von Förder- und Modellprogrammen mitgewirkt; Sportvereine und Organisationen der kulturellen Bildung sind zudem seit Jahren die wichtigsten Partner von Ganztagschulen (StEG-Konsortium 2019).

## **1. Ein Netz für alle? – Zivilgesellschaftliche Akteure in kommunalen Bildungslandschaften**

Die titelgebende Frage, wo es hier denn zur Zivilgesellschaft gehe, ist für die kommunale Bildungspolitik und -verwaltung von hoher Bedeutung, wenn sie den Rahmen für die verbindliche Zusammenarbeit steckt. Dafür braucht sie nicht nur die Kenntnis und das Verständnis für die Struktur und die Dynamik, sondern auch für die Arbeitsweisen zivilgesellschaftlicher Organisationen. Nur so lassen sich die Anknüpfungspunkte und die Schnittstellen für eine koordiniert-kooperative Bildungspraxis identifizieren und gestalten. Das trifft insbesondere auf die bereits bestehenden Kooperationen zwischen zivilgesellschaftlichen Organisationen untereinander und mit anderen vor Ort agierenden Bildungsakteuren zu. Denn schließlich ist Zusammenarbeit für Bildung ein konstitutives Element kommunaler Bildungslandschaften.

Bereits die eingangs vorgestellten Befunde zur Kooperation von Sportvereinen zeigen, dass die Zusammenarbeit mit anderen für zivilgesellschaftliche Organisationen nichts Ungewöhnliches ist. Allerdings unterscheiden sie sich im Hinblick auf den Umfang und die Art der Kooperationspartner. Zudem scheint auch das Spektrum der Gründe für die Zusammenarbeit weitgefächert zu sein. Eine Analyse von Bildungsorganisationen, u. a. Trägern von Bildungs- und Betreuungseinrichtungen, Fördervereinen und Stiftungen mit dem Stiftungszweck Bildung, die auf der Basis des ZiviZ-Surveys 2012 unternommen wurde, attestierte ihnen eine starke Ausrichtung auf die kommunale Ebene, wo der überwiegende Teil mit anderen Institutionen, vor allem auch mit kommunalen Einrichtungen und Ämtern zusammenarbeitet (Priemer 2015).

Das spricht für vergleichsweise günstige Voraussetzungen, um koordiniert-kooperative kommunale Bildungslandschaften etablieren zu können, schließt aber ungleiche Beteiligungschancen keinesfalls aus. Aufschluss hierüber gibt

eine binnendifferenzierende Betrachtung zivilgesellschaftlicher Organisationen und ihres Kooperationshandelns. Ausgehend von vorliegenden Befunden zur Zusammenarbeit von bzw. mit zivilgesellschaftlichen Organisationen in kommunalen Bildungslandschaften gehen *Ronald Langner* und *Alexander Kanamüller* in ihrem Beitrag von der Annahme aus, dass kommunale Bildungslandschaften für die organisierte Zivilgesellschaft nicht per se partizipativ angelegt sind, sondern dass zivilgesellschaftliche Bildungsakteure vielmehr sehr unterschiedlich in kommunale Bildungslandschaften eingebunden sind. Auf der Basis der Daten des ZivilKoop-Surveys, einer Ende 2020/Anfang 2021 durchgeführten quantitativen Online-Befragung von Vertreterinnen und Vertretern zivilgesellschaftlicher Organisationen, identifizieren sie vier unterschiedliche Organisationstypen mit jeweils spezifischen Kooperationsstilen. Deutlich wird dabei, dass sich vor allem kleinere und von freiwilligem Engagement geprägte zivilgesellschaftliche Organisationen untereinander vernetzen, während große, mit professionellem, hauptamtlich beschäftigtem Personal ausgestattete Verbands- und Trägerorganisationen nicht nur häufiger Kooperationen mit anderen Bildungsakteuren eingehen, sondern auch stärker von der finanziellen und materiellen Unterstützung ihrer Partner profitieren. Sie sind darüber hinaus über Bildungsk Kooperationen deutlich häufiger an entscheidende Stellen der kommunalen Politik und Verwaltung angebunden und haben damit auch mehr Gelegenheit zur Mitgestaltung kommunaler Bildung.

Unter den in diesem Beitrag vorgestellten Organisationstypen ist auch eine Gruppe von zivilgesellschaftlichen Assoziationen, die bisher keine bildungsbezogenen Kooperationen mit Dritten eingegangen sind. In ihrem zweiten Beitrag widmen sich die beiden Autoren der Frage, welche Beweggründe und Hemmnisse es für diese „Kooperationsabstinenz“ geben könnte. Neben Angaben aus dem ZivilKoop-Survey greifen sie hierfür auf Interviews mit Vertretern und Vertreterinnen zivilgesellschaftlicher Organisationen zurück. Die Autoren zeigen, dass es neben einer geringeren Ausstattung mit personellen Ressourcen auch Unterschiede in der Angebotsstruktur, dem Selbstverständnis und in den organisationsbezogenen Zielsetzungen dieser eher mitgliederorientierten Vereinigungen gibt, die Hinderungsgründe für Kooperationen darstellen können. Nicht-Kooperierende wollen durch ihre Angebote eher soziale Hilfestellungen für ihre Mitglieder geben als (non-formale) Bildungsarbeit leisten. Deshalb stellt sich die Frage, ob und wie diese Unverbundenen für kommunale Bildungslandschaften anschlussfähig sein können und müssen.

In gewisser Weise werden im Beitrag von *Christine Steiner* zivilgesellschaftliche Organisationen untersucht, die als das Gegenteil der nicht kooperierenden Assoziationen angesehen werden können. Die Autorin untersucht ebenfalls auf Basis der Daten des ZivilKoop-Surveys neu gegründete bzw. junge Vereine. Sie sind nicht nur von Interesse, weil sie zeigen, dass sich freiwilliges Engagement nach wie vor bündeln lässt, sondern auch, weil sie möglicherweise den organisa-

torischen Wandel repräsentieren, der für etablierte Organisationen als erforderlich angesehen wird. Sie zeigt, dass die „Jüngsten“ erkennbar anders sind. Für sie ist die ehrenamtliche Mitarbeit weniger relevant als für ältere zivilgesellschaftliche Organisationen; das Selbstverständnis als Förderverein sowie eine breitere, auf Sponsoring und Eigenmittel zurückgreifende Finanzierungsbasis sind ebenfalls deutlicher ausgeprägt. Zugleich schwächt sich die traditionelle Orientierung zivilgesellschaftlicher Kinder- und Jugendarbeit auf die Persönlichkeitsförderung und ein soziales Miteinander deutlich ab, was jedoch nicht zwangsläufig mit einer Re-Orientierung auf eine eher bildungsbezogene Förderung einhergeht.

Im Beitrag von *Jana Priemer* wird die Relevanz von Bildungsk Kooperationen zwischen zivilgesellschaftlichen Organisationen und Schulen aufgegriffen. Ganz ähnlich wie die Ergebnisse von *Ronald Langner* und *Alexander Kanamüller* zeigen ihre Analysen der Daten des ZiviZ-Surveys 2017, dass vor allem zivilgesellschaftliche Akteure mit hauptamtlichen Strukturen über Schulkooperationen in kommunale Bildungslandschaften eingebunden sind. Demgegenüber werden die Potenziale der durch ehrenamtliches Engagement getragenen Assoziationen bisher vernachlässigt. Dadurch geraten bildungsaktive zivilgesellschaftliche Organisationen zunehmend unter Professionalisierungsdruck. Die Autorin zeigt, dass eine staatliche Steuerung, die auf die aktive Einbindung zivilgesellschaftlicher Akteure in Bildungslandschaften abzielt, unmittelbare Auswirkungen auf die organisierte Zivilgesellschaft hat. Sie plädiert dafür, diese meist nicht intendierten Folgen der Bildungssteuerung systematisch zu erforschen und zu diskutieren, damit die organisierte Zivilgesellschaft nicht zum kostengünstigen Lückenbüßer für die strukturellen Defizite im (kommunalen) Bildungssystem wird.

## **2. Netzwerkhandeln kommunaler Verwaltungen und zivilgesellschaftlicher Organisationen**

In ihren Positionierungen zur Bildungslandschaft betonen die kommunalen Spitzenverbände die koordinierende Rolle der kommunalen Politik und Verwaltung. Der Aufbau und die Weiterentwicklung von Bildungslandschaften zu kommunalen Verantwortungsgemeinschaften sollen dabei auf der Grundlage eines dauerhaft angelegten kommunalen Bildungsmanagements und -monitorings erfolgen. Die Kommunalverwaltungen werden dabei seit 2014 von bundesweit neun durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) geförderten, regional ausgerichteten Transferagenturen unterstützt, die in ihrer Arbeit an die Erfahrungen des Bund-Länder-Programms *Lernen vor Ort* (2009 bis 2014) anschließen (BMBF 2021). Obwohl vorliegende Studien darauf aufmerksam machen, dass die Steuerungspraxis in kommunalen Bildungslandschaften aus einem pragma-

tischen Wechselspiel von lokalen und überregionalen Steuerungsimpulsen sowie horizontalen Regelungsformen besteht (etwa Stolz u. a. 2011), orientieren sich die kommunalen Steuerungsakteure an rational-managerialen Leitideen kommunaler Bildungslandschaften, auch um die Angemessenheit der neu etablierten organisatorischen Arrangements zu signalisieren (Brüggemann 2021).

Die Beiträge dieses Abschnittes beschäftigen sich mit dem normativ aufgeladenen Spannungsfeld aus Selbstvergewisserung und Steuerungsimpulsen. Im Unterschied zu den vorstehend vorgestellten Beiträgen fokussieren sie daher mit einem mehrperspektivischen Blick auf kommunal-zivilgesellschaftliche Netzwerkbeziehungen und kommunale Koordinierungsstrategien. Auf der Basis netzwerkfokussierter Interviews und strukturierter, nichtstandardisierter egozentrierter Netzwerkkarten untersucht *Tabea Schlimbach* in ihrem ersten Beitrag die Kompositionen von Bildungsnetzwerken sowie die Positionen und daraus resultierenden Netzwerkstrategien der beteiligten kommunalen und zivilgesellschaftlichen Akteure. Dabei wird deutlich, dass die beiden Gruppen in ihren Netzwerken eine starke Binnenorientierung aufweisen, die vor allem aus den unterschiedlichen Zielen ihres jeweiligen Netzwerkengagements resultieren und so bildungsbezogene Kooperationen erschweren. Als Akteure, die zwischen den bestehenden Netzen inhaltlich und strukturell vermitteln können, werden hybride Organisationen identifiziert, die sowohl kommunale als auch zivilgesellschaftliche Verankerungen aufweisen. Die in den untersuchten Kommunen bestehenden Bildungsbüros, deren Auftrag auch darin besteht, diverse Vernetzungsaktivitäten zu initiieren und zu begleiten, leisteten dies in erster Linie verwaltungsintern.

Der zweite Beitrag von *Tabea Schlimbach* schließt hier an. Auf der Basis qualitativer Interviews mit Akteuren der Kommunalverwaltung und der organisierten Zivilgesellschaft, die im Rahmen des ZivilKoop-Projekts geführt wurden, exploriert die Autorin die mit kommunalen Bildungslandschaften verknüpften Koordinierungs- und Beteiligungsnormative. Kommunale Akteure schreiben sich, die Programmlogiken verinnerlichend und ihrem Selbstverständnis als übergeordnete Instanz entsprechend, eine umfassende Verantwortung für eine effiziente Bildungskoordination „vor Ort“ zu. Zugleich zeigen sie angesichts der kommunalen Akteurspluralität und begrenzter eigener Gestaltungsspielräume eine zunehmende „Koordinationsernüchterung“ (dazu auch Stolz 2014). Zivilgesellschaftliche Akteure erwarten von der kommunalen Politik und Verwaltung vor allem die Unterstützung und finanzielle Absicherung ihrer Angebote. Zugleich fühlen sich insbesondere neuere, kleinere und (überwiegend) ehrenamtlich getragene Organisationen in ihrer Mitverantwortung bei der Bewältigung kommunaler Aufgaben nicht angemessen gewürdigt und in kommunale Entscheidungs- und Gestaltungsprozesse nicht hinreichend einbezogen. Das korrespondiert mit einer selektiven Beteiligungspraxis in kommunalen Gremien, die etablierten, mit der Ver-

waltung eng verbundenen Organisationen den Vorzug gibt, was zu einer doppelten Privilegierung vor Ort etablierter zivilgesellschaftlicher Organisationen führt.

Im Beitrag von *Anika Duveneck* wird anhand der Erfahrungen der wissenschaftlichen Begleitung des Projekts „Lernende Stadt Gelsenkirchen“ nachgezeichnet, wie trotz günstiger Voraussetzungen das vernetzte Miteinander zwischen kommunalen und zivilgesellschaftlichen Akteuren vor großen, in diesem Fall letztlich zum Teil auch unüberwindlichen Herausforderungen steht. Dazu zählen neben der für Bildungslandschaften charakteristischen Diskrepanz zwischen Konzept und Zielsetzung bzw. -erreichung sowie einer unterkomplexen Problemwahrnehmung auch die herausragende Bedeutung von Verständnis- und Vermittlungsprozessen, die nicht einfach vorausgesetzt werden können, sondern gemeinsam erarbeitet werden müssen. Sie münden in verschiedene, zu meist unerwartete Wirkungen und Lernerfahrungen der Beteiligten, die für den Erfolg einer koordiniert-kooperativen kommunalen Bildungspraxis unerlässlich sind, bisher aber kaum in den Kommunen systematisch aufgearbeitet werden.

### 3. Vernetzte Lernprozesse

Damit ist das Stichwort für die Beiträge des letzten Abschnittes gefallen. Im Unterschied zu den nicht nur in diesem Band vertretenen durchaus kritischen Einschätzungen zur Steuerungs- und Leistungsfähigkeit kommunaler Bildungslandschaften findet der Ansatz in der kommunalen Fachpraxis und unter zivilgesellschaftlichen Organisationen und Engagierten recht großen Anklang. Dieser Erfolg des Konzepts der Bildungslandschaft ist auch darauf zurückzuführen, dass die Beteiligten, wie *Anika Duveneck* in ihrem Beitrag schreibt, positive Veränderungen für die Menschen vor Ort erreichen wollen, etwa Bildung so zu gestalten, dass sie an realen Lernprozessen ausgerichtet ist, zum Abbau von herkunftsselektiven Bildungszugängen beiträgt oder eine selbstbestimmte Lebensführung unterstützt. Vielfach wird auch die Überzeugung geteilt, gemeinsam mehr und vieles besser erreichen zu können. Allerdings setzt dies selbst dann, wenn es um die Entwicklung eines konkreten Angebots oder eines Projekts geht, ein hohes Engagement und die Bereitschaft voraus, sich auch selbst zu verändern. Von diesen Lern- und Veränderungsprozessen berichten auch die Beiträge dieses Abschnitts.

Den Anfang machen *Renate Schießlbauer* und *Laura Kummert*. Im Mittelpunkt ihres Beitrags steht das Projekt BasKIDball, ein offenes Sportangebot, das Kindern und Jugendlichen die Möglichkeit bietet, sich kostenlos und ohne verpflichtende Teilnahme zum Basketballspielen zu treffen. Das Projekt wurde durch ein Netzwerk aus Schulen, Jugendhilfe, Sport und der Dirk-Nowitzki-Stiftung ins Leben gerufen und ist inzwischen seit vielen Jahren erfolgreich tätig. Die Autorinnen weisen darauf hin, dass dies nur deshalb möglich war, weil alle Partner den

Willen hatten, sich über ungleiche Arbeitsbelastungen im Projekt, Vorstellungen, Bildungsverständnisse und auch Fehlschläge regelmäßig, offen und lösungsorientiert auszutauschen. Aus ihrer Sicht lohnt sich jedoch der hohe kommunikative und koordinative Aufwand, da stabile Bildungsk Kooperationen nicht nur den beteiligten Organisationen nützen, sondern dadurch auch gute Angebote für Kinder und Jugendliche entstehen können, die nicht zuletzt auch das Miteinander im Sozialraum stärken.

*Julia Schilling* stellt in ihrem Beitrag die Entstehung der bayerischen Bildungsregion Forchheim vor, deren Initialzündung auf eine Bürgerinitiative zurückgeht. Aus ihr ging der Verein FORsprung e. V. hervor, der eng mit dem Bildungsbüro zusammenarbeitet und einen zentralen Knotenpunkt der kommunalen Bildungslandschaft im Landkreis Forchheim bildet. Die Autorin arbeitet in ihrem Beitrag die Position des kommunalen Bildungsbüros als einem Vermittler zwischen der kommunalen Verwaltung und u. a. zivilgesellschaftlichen Partnern der Region am Beispiel des Bildungsmanagements sowie einer Reihe von gemeinschaftlich getragenen Praxisprojekten heraus. Als hybrider Vermittler ermöglichte das Bildungsbüro die Zusammenarbeit verschiedener Organisationen und Personen, gerate aber auch leicht zwischen alle Stühle. Zusammenarbeit bedeutet aus Sicht des Bildungsbüros eben auch, Konflikte auszutragen und kritische Prozesse zu begleiten. Letztlich wird dadurch das Vertrauen aufgebaut, das es für eine erfolgreiche Bildungsarbeit braucht.

*Pia Amelung* und *Olaf Ebert* gehen in ihrem Beitrag ebenfalls anhand von Praxisbeispielen den Gelingensbedingungen für die Etablierung kommunaler Bildungslandschaften nach. Im Mittelpunkt stehen dabei zwei Landkreise, die in ihren strukturellen Voraussetzungen sehr unterschiedlich sind. Schon allein aus diesem Grund könne und solle es keine „Blaupausen“ geben, vielmehr müssten tragfähige Netzwerke in den Regionen erarbeitet werden. Die Autor:innen sehen in einer stärkeren und regelhaften Einbindung von vielfältigen zivilgesellschaftlichen Akteuren das Potenzial, leistungsfähige Netzwerkstrukturen nachhaltig zu etablieren. Sie weisen jedoch zugleich darauf hin, dass es dafür auch einer verbindlichen, strategischen, operational abgestimmten Zusammenarbeit zwischen Bund, Ländern und Kommunen unter Einschluss von Wissenschaft und Zivilgesellschaft bedarf.

*Heinz-Jürgen Stolz* greift in seinem Beitrag noch einmal die für den Gegenstand „Bildungslandschaft“ konstitutive Unschärfe auf, vor allem aber die sowohl in den Diskursen als auch in der Forschung zu Bildungslandschaften bemerkenswert hartnäckige Differenz zwischen Sein und Sollen. Ausgehend von der organisations- und managementtheoretischen Agilitätsdebatte systematisiert der Autor jedoch nicht nur vorliegende Diskurse und theoretische Ansätze, sondern auch die empirischen Befunde und eigenen Praxiserfahrungen über und in Bildungslandschaften entlang der Fragen nach dem Warum, dem Wie und dem Was. Der Autor erkennt dabei nicht nur weitgehend ungenutzte Gestaltungspotenziale,

sondern verweist auf die Relevanz von integrierenden, partizipativ ausgerichteten Ansätzen in der kommunalen Bildungspolitik und -verwaltung, aber auch von vernetzten, anregenden Lern- und Lebensumgebungen, die dafür verwendet werden sollten, Bildungslandschaften zu einem sozialinklusiv ausgerichteten Gemeingut zu entwickeln.

## Dank

Die meisten Beiträge dieses Bandes gehen auf Vorträge und Diskussionen der Abschlussagung „Gemeinsam für bessere Bildung?! Zivilgesellschaftliche Organisationen in kommunalen Bildungslandschaften“ des Projekts ZivilKoop zurück. Die Tagung fand im Oktober 2022 statt und bot Kolleginnen und Kollegen aus Wissenschaft und kommunaler wie zivilgesellschaftlicher Fachpraxis sowie interessierten Bürger:innen Gelegenheit, sich über die verschiedenen, durchaus auch widersprüchlichen und konfliktreichen Aspekte kooperativer Bildungspraxis in den Kommunen auszutauschen.

Das Projekt ZivilKoop wurde vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) im Rahmen der Förderrichtlinie „Teilhabe und Gemeinwohl“ von November 2019 bis Oktober 2022 gefördert (Förderkennzeichen: 01UG1919). Die Herausgebenden danken für die Förderung, die nicht zuletzt die Tagung und den vorliegenden Sammelband ermöglicht hat. Unser Dank gilt aber auch den Autor:innen, natürlich für die interessanten Beiträge, aber auch für die Bereitschaft und das hohe Engagement, sich auf den engen Zeitplan der Manuskripterstellung einzulassen. Vor allem aber bedanken wir uns bei den Vertreter:innen der kommunalen Verwaltungen und von zivilgesellschaftlichen Organisationen, die dem Projektteam unter den schwierigen einschränkenden Bedingungen der COVID-19-Pandemie für Gespräche, Befragungen, Beiträge und nicht zuletzt (Online-)Diskussionen verlässlich zur Verfügung standen. Das ist angesichts der Herausforderungen, mit denen Kommunen, Schulen, Kitas und Vereine in dieser Zeit gerade auch in ihrer Zusammenarbeit konfrontiert waren, nicht selbstverständlich und gerät, auch im Hinblick auf die neuen Krisen, allzu leicht in Vergessenheit.

**Ein Netz für alle?  
Zivilgesellschaftliche Akteure  
in kommunalen  
Bildungslandschaften**



# Inklusive und exklusive Kooperationen im Bildungsbereich

Eine differenzierte Betrachtung von zivilgesellschaftlichen Kooperationsstilen

Ronald Langner und Alexander Kanamüller

## 1. Einleitung – kommunale Bildungslandschaften und zivilgesellschaftliche Organisationen

Nicht erst seit den aktuellen politischen Debatten um den Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung und dem damit verbundenen Ausbau ganztägiger Bildungs- und Betreuungsangebote im kooperativen Ganztags gewinnen zivilgesellschaftliche Organisationen wie Sport- und Kulturvereine als Kooperationspartner für Bildungseinrichtungen, aber auch bei den für die Bildungsplanung zuständigen kommunalen Verwaltungsstellen an Bedeutung (Arnoldt/Züchner 2020). Dabei wird auf der einen Seite mit dem Konzept der kommunalen Bildungslandschaft der Mehrwert eines koordinierten, kooperativen und sektorübergreifenden Zusammenwirkens verschiedenster Akteure zur gemeinsamen Gestaltung der Angebotslandschaft im kommunalen Bildungsumfeld hervorgehoben (Mack 2020; Bleckmann/Durdel 2009). Auf der anderen Seite werden mit wohlfahrtspluralistischen Konzepten von Bürgergesellschaft und gesellschaftlicher Engagementpolitik vermehrt integrative Ansätze diskutiert, die die Einbindung von zivilgesellschaftlichen Organisationen und die in ihnen organisierten Bürger:innen unter der Prämisse von Partizipation und Teilhabe als Koproduzenten von sozialen (Dienst-)Leistungen verstehen (Klein u. a. 2010).

Im Vordergrund beider Ansätze steht die Annahme, dass durch die sektorenübergreifende Zusammenarbeit von Organisationen und Akteuren aus Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Zivilgesellschaft sogenannte „Welfare Mixes“ entstehen, in denen wohlfahrtsstaatliche Regulierungen durch privatwirtschaftliche bzw. gemeinwohlorientierte Beiträge ergänzt werden (ebd.). Übertragen auf den Bildungsbereich sollen durch die interorganisationale Zusammenarbeit die Verantwortlichkeiten bei der kooperativen Planung, Umsetzung und Gestaltung von Bildungsangeboten geteilt werden und so – quasi automatisch – sozial gerechtere Bildungszugänge entstehen. In beiden Diskussionssträngen werden die positiven Synergieeffekte durch übergreifende Formen der regionalen Zusammenarbeit stark betont. Ob kommunale Bildungsnetzwerke und -landschaften

dies leisten können, ist ebenso eine offene Frage wie die nach den Besonderheiten und Potenzialen der Zusammenarbeit zwischen zivilgesellschaftlichen Akteuren und Kommunalverwaltungen (Steiner u. a. 2022). Gibt es zivilgesellschaftliche Akteure, die von regionalen Bildungsk Kooperationen besonders profitieren, oder lassen sich andersherum Vereine, Initiativen oder Genossenschaften finden, die in Netzwerken zur Gestaltung des kommunalen Bildungsumfeldes eher unberücksichtigt bleiben? Obwohl zahlreiche Studien darauf hinweisen, wie wichtig die Einbindung von zivilgesellschaftlichen Organisationen in Bildungslandschaften ist (Olk/Schmachtel 2017; Bleckmann/Durdel 2009), scheint die Einbindung in kommunale Planungs- und Gestaltungsstrukturen im Bildungsbereich nur bestimmte etablierte Organisationen der Zivilgesellschaft einzuschließen und eine Unterscheidung von „privilegierter und marginalisierter Zivilgesellschaft im Hinblick auf die Einbindung in staatliche Politik“ (Schlimbach u. a. 2023, S. 147 mit Bezug auf Roth 2004) nahezulegen.

Ausgehend davon wird im vorliegenden Beitrag der These nachgegangen, dass kommunale Bildungslandschaften für die organisierte Zivilgesellschaft nicht per se partizipativ sind. Grundlegend soll dabei untersucht werden, inwieweit bestehende Formen der zivilgesellschaftlichen Zusammenarbeit vor dem Hintergrund eines allgemeinen Vernetzungs- und Kooperationsnormativs (Schlimbach u. a. 2023) in die Entwicklung und Ausgestaltung des kommunalen Bildungsbereiches einbezogen werden. Es ist davon auszugehen, dass zivilgesellschaftliche Organisationen in verschiedener Weise in kommunale Bildungslandschaften eingebunden sind und sie sich weiterhin in ihrer Anbindung an die kommunale Bildungsverwaltung wie auch in ihren individuellen Kooperationsstilen unterscheiden. Damit verbunden ist die Frage, ob sich bestimmte Gruppen von zivilgesellschaftlichen Organisationen anhand von strukturellen Organisationsmerkmalen identifizieren lassen, welche wiederum Unterschiede in der Ausgestaltung ihrer Bildungsk Kooperationen aufweisen.

Der Beitrag ist wie folgt gegliedert: Zunächst wird der Forschungsstand zu Kooperations von zivilgesellschaftlichen Organisationen im Bildungsbereich erläutert und ein theoretischer Rahmen für die Auswertungen skizziert. Im Anschluss an die Vorstellung der Datengrundlage und des methodischen Vorgehens werden empirische Ergebnisse zu typischen Kooperationsstilen zivilgesellschaftlicher Organisationen vorgestellt. Abschließend werden die Befunde diskutiert und im Hinblick auf die Mitgestaltungsmöglichkeiten von zivilgesellschaftlichen Akteuren in kommunalen Bildungslandschaften eingeordnet.

## 2. Forschungsstand und theoretischer Rahmen – Bildungsk Kooperationen als spezifische Form des sozialen Kapitals

In der bisherigen Forschung zu Bildungsk Kooperationen wird angenommen, dass die Zusammenarbeit von Bildungsakteuren wie zivilgesellschaftlichen Organisationen dazu beitragen kann, ein breiteres Spektrum an non-formalen und informellen Bildungsangeboten bereitzustellen. In den letzten Jahrzehnten haben sich zahlreiche Kooperationsformen zwischen Bildungseinrichtungen und zivilgesellschaftlichen Organisationen entwickelt, die sich u. a. auf die Vermittlung von bürgerschaftlichen Kompetenzen für mehr gesellschaftliche Teilhabe und Mitgestaltung konzentrieren (Hartnuß/Heuberger 2010). Gleichzeitig betrachten bildungs- und sozialpolitische Reformprogramme zur Entwicklung von kommunalen Bildungs- und Erziehungslandschaften sektor- und organisationsübergreifende Kooperation eher als einen potenziellen Lösungsansatz für strukturelle Probleme im Bildungssystem (Hack/Maykus 2023). Durch interorganisationale Kooperationen, so die Annahme, können knappe Ressourcen gebündelt werden, um mit begrenzten finanziellen und personellen Mitteln ein vielfältiges, qualitativ hochwertiges und sozial gerechtes Spektrum von Bildungsangeboten bereitzustellen. Zivilgesellschaftliche Akteure versprechen sich von Bildungsk Kooperationen zumeist einen besseren Zugang zu formalen Bildungseinrichtungen wie Schulen, Berufsschulen und Kitas sowie eine bessere finanzielle und materielle Unterstützung durch Kommunen (z. B. Stolz in diesem Band). Aufgrund der unterschiedlichen Ausgangsbedingungen gelten solche Formen der interorganisationalen Zusammenarbeit zwischen Organisationen mit unterschiedlichen Arbeitslogiken und Interessenslagen als anspruchsvoll und zeitaufwendig. Sie erfordern zudem ein hohes Maß an gegenseitigem Vertrauen und Wissen (Köhling 2012; van Santen/Seckinger 2003). Die Zusammenarbeit mit staatlichen Behörden setzt zivilgesellschaftliche Organisationen auch unter einen gewissen Professionalisierungs- und Anpassungsdruck, da sie sich für die finanzielle Unterstützung durch die öffentliche Hand u. a. an Richtlinien von sozial- oder kulturpolitischen Förderprogrammen orientieren müssen, ohne dabei weder ihr Selbstverständnis als Freiwilligenorganisation noch die Interessen ihrer Mitglieder aus den Augen zu verlieren (Liebig/Rauschenbach 2010).

Kleinere und ehrenamtlich strukturierte Vereine scheinen die Anforderungen solcher Kooperationsformen kaum bewältigen zu können. Laut den ersten Ergebnissen der repräsentativen Befragung „Zivilgesellschaft in Zahlen 2022“ prägen diese Vereine aber weiterhin die organisierte Zivilgesellschaft im Bildungsbereich (Schubert u. a. 2023) und gelten im Vergleich zu Organisationen in anderen Engagementfeldern als vergleichsweise lokal ausgerichtet und eher gering vernetzt (Priemer 2015; Kolleck 2015). Obwohl der Großteil der bildungsaktiven Vereine

(85 %) regelmäßig mit anderen Organisationen und Institutionen zusammenarbeitet, fehlen vor allem kleinen Vereinen strukturell die Ressourcen für umfangreiche Kooperationen. So sind es vor allem die großen, mit hauptamtlichem Personal professionell aufgestellten und vor Ort bekannten Organisationen der Zivilgesellschaft, die auf verschiedenen Ebenen den Bildungsbereich prägen, weil sie gut vernetzt und mit dem Konzept der kommunalen Bildungslandschaft vertraut sind (Priemer/Mohr 2018).

Dieser Befund lässt sich auch auf Kooperationen übertragen, die sich eine gemeinsame Angebotserstellung mit Bildungseinrichtungen zum Ziel gesetzt haben. Laut den Auswertungen des Sportentwicklungsberichts 2020–2022 arbeitete zu diesem Zweck knapp ein Drittel der Sportvereine mit Schulen zusammen, weitere 18 % kooperierten mit Kindergärten bzw. Kindertagesstätten (Breuer/Feiler 2021). Frühere Untersuchungen im Sportbereich belegen zudem, dass vor allem größere, mitgliederstärkere Vereine mit besserer personeller Ausstattung häufiger längerfristig angelegte Kooperationen mit Ganztagschulen eingehen als kleinere Vereine (Breuer u. a. 2013).

Die Umsetzung von Bildungsk Kooperationen ist für zivilgesellschaftliche Organisationen anspruchsvoll und erfordert erheblichen personellen und zeitlichen Aufwand, weshalb vor allem kleine, ehrenamtlich strukturierte Organisationen seltener außerhalb ihrer Verbandsstrukturen mit anderen Institutionen zusammenarbeiten. Zudem scheinen Bildungseinrichtungen und Kommunalverwaltungen bei Kooperationen verlässliche Partner aus der Zivilgesellschaft zu bevorzugen, die über eine ausreichende hauptamtliche Personalstruktur verfügen und mit denen eine langfristige Kooperationspraxis besteht (Schlimbach 2023 diesem Band). Klassische Mitgliederorganisationen wie Vereine werden aber weitgehend durch das freiwillige und ehrenamtliche Engagement von Mitgliedern und Unterstützenden getragen und geprägt. Freiwilligenorganisationen bieten Gelegenheiten zu bürgerschaftlichem Engagement und tragen so zur Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts und sozialer Integration bei (Strachwitz u. a. 2020; Enquête-Kommission 2002). Gleichzeitig ist das freiwillige Engagement für diese Organisationen eine wesentliche Grundlage, um ihren Mitgliedern und ausgewählten Zielgruppen kostengünstige, gemeinwohlorientierte Leistungen bereitstellen zu können (Braun 2003). Zivilgesellschaftliche Organisationen wie Vereine sind demnach nicht direkt auf die Zusammenarbeit mit anderen Organisationen angewiesen, da sie ihre Angebote als Freiwilligenleistungen selbst bereitstellen können (Zimmer 2007). Mit Bezug auf Robert Putnam (2000) wird seit geraumer Zeit ein tiefgreifender struktureller Wandel der Zivilgesellschaft unter dem Aspekt der neuen und alten Engagementformen diskutiert, der die langfristige Bindung von Engagement durch Mitgliedschaften in zivilgesellschaftlichen Organisationen durch kurzfristige, lebensabschnittsbezogene und interessensgeleitete Engagementphasen abgelöst sieht (Simonson 2022). Die schwindende Beteiligung von Engagierten stellt Freiwilligenorgani-

sationen zunehmend vor die Herausforderung, Freiwilligenleistungen durch andere Ressourcen zu ersetzen oder durch die Zusammenarbeit mit anderen Organisationen zu kompensieren, um Angebote zu erstellen und zu sichern. Dieser Veränderungsdruck eröffnet aber auch Möglichkeiten für neue Beteiligungsformate und Kooperationsformen im kommunalen Bildungsumfeld, wie z. B. Kooperationen von Bildungseinrichtungen mit (Schul-)Fördervereinen (Braun u. a. 2013), integrativen Sportvereinen (Braun/Nobis 2011) oder im Bildungsbereich aktiven Stiftungen (Höhne/Striebing 2020).

Die bisherigen Ergebnisse zum Kooperationshandeln zeigen, dass zivilgesellschaftliche Organisationen den hohen koordinativen Aufwand nicht scheuen und auch zum gegenseitigen Nutzen mit anderen Organisationen zusammenarbeiten. Durch projekt- und interessensgeleitete Kooperationsbeziehungen mit anderen Bildungsakteuren können zivilgesellschaftliche Organisationen die Ressourcen ihrer Partner nutzen, sei es finanzielle Unterstützung, Expertise oder Infrastruktur. Darüber hinaus können Kooperationsbeziehungen auch über die direkten Kontakte hinaus von Vorteil sein, um gemeinsame Vorhaben umsetzen und Ziele erreichen zu können (Bernhard 2012). Insbesondere große und professionell aufgestellte Organisationen mit ausreichend hauptamtlichem Personal scheinen effektive und langjährige Kooperationen mit anderen Akteuren eingehen und nutzen zu können, um Ressourcen, aber auch Wissen zu teilen und Synergien zu schaffen. Allerdings zeigt sich, dass kleinere und ehrenamtlich strukturierte Organisationen Schwierigkeiten haben, mit den großen und professionellen Akteuren im Bildungsbereich mitzuhalten. Kooperationsbeziehungen können somit als spezifische Form sozialen Kapitals in der Ressourcenausstattung von zivilgesellschaftlichen Akteuren gesehen werden, die es ihnen ermöglicht, mit anderen zusammenzuarbeiten, um gemeinsam Projekte und Angebote zu gestalten, aber auch (Mit-)Gestaltungsmöglichkeiten zu schaffen und den eigenen Anspruch geltend zu machen (Lin 2008). Damit geraten vor allem jene zivilgesellschaftlichen Akteure in den Blick, die sich im kommunalen Bildungsfeld über bestehende Kooperationsbeziehungen Vorteile und Zugänge zu Informationen, Kontakten und Ressourcen verschaffen können. Im Folgenden soll daher der Frage nachgegangen werden, ob sich bestimmte zivilgesellschaftliche Organisationstypen finden lassen, die über das nötige Sozialkapital durch Bildungsk Kooperationen verfügen und somit die Möglichkeit zur (Mit-)Gestaltung des kommunalen Bildungsumfeldes haben, und welche Organisationen wiederum keine entsprechende Kapitalausstattung aufweisen und von Prozessen und Strukturen der kommunalen Bildungsgestaltung ausgeschlossen bleiben.